

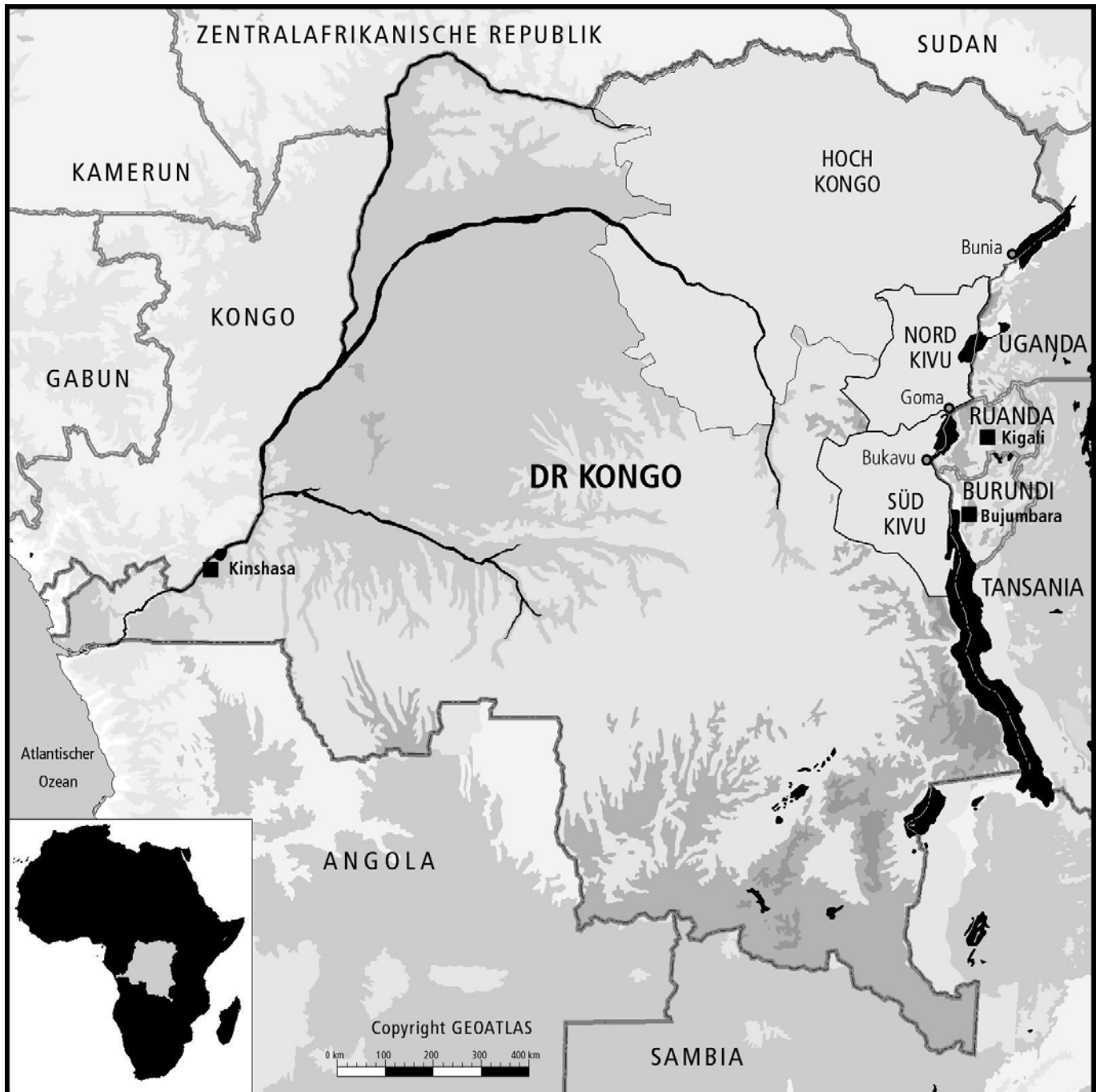
Der Kongo und Ruanda

Konflikte in der Region der Großen Seen

Thomas Scheen

Juni 2004

- Die historischen Ursachen für den Konflikt in der Region der Großen Seen liegen in einer grenzüberschreitenden „Ethnisierung“ der Bevölkerung zu politischen Zwecken. Diese Instrumentalisierung vermeintlicher Unterschiede hält im Osten des Kongo an, wie die vorübergehende Besetzung der Stadt Bukavu durch ruandafreundliche Rebellen im Juni zeigte, und relativiert die Chancen auf einen dauerhaften Frieden für die ganze Region.
- Die kongolesische Übergangsregierung hat in ihrer vorläufigen Verfassung ganz bewusst die Frage nach der künftigen Staatsform – zentralistisch oder föderal – ausgeklammert. Für die von ethnischen Spannungen zerrissene Grenzregion Kivu scheint damit der nächste Konflikt vorprogrammiert, weil nur eine föderale Struktur Garant dafür wäre, dass Ruanda seine Einflussnahme auf den Ostkongo zurücknimmt.
- Die internationale Politik gegenüber der Demokratischen Republik Kongo ist von ihrem ideologischen Ballast befreit und einer in erster Linie pragmatischen Sicht der Dinge gewichen. Maßgeblichen Anteil daran hat die Annäherung des Sudan an den Westen. Die versuchte Einflussnahme des Sudan im Kongo und die Reaktion der Vereinigten Staaten darauf hatten zuvor eine kritische Auseinandersetzung mit der Verwicklung des zum „Bollwerk“ gegen den Sudan hochstilisierten Uganda und dessen früheren Alliierten Ruanda im Kongo-Krieg verhindert.
- Gleichwohl befördert die im Kongo angewandte „Realpolitik“ die ohnehin endemische Straflosigkeit und senkt somit die Hemmschwelle für die Anwendung weiterer Gewalt.
- Ruanda hat als Lehre aus dem Genozid von 1994 die Unterscheidung zwischen Hutu und Tutsi zugunsten des Begriffes „Ruander“ abgeschafft. Dieser verordnete Nationalismus geht mit einem repressiven politischen System einher, dass sich vorläufig noch politischer Vielfalt mit Hinweis auf die Ethnisierung der Politik vor dem Genozid widersetzen kann.



Der Autor:

Thomas Scheen ist Afrika-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit Sitz in Abidjan, Elfenbeinküste.

Frieden für den Kongo?

Seit Anfang 2003 regiert eine Übergangsregierung aus Vertretern der Regierung, diverser Rebellenbewegungen, der „unbewaffneten“ Opposition (politische Parteien) sowie ziviler Interessenverbänden die Demokratische Republik Kongo, das drittgrößte Flächenland Afrikas. Dem vorangegangen war ein fast fünf Jahre dauernder Krieg, in den zeitweilig reguläre Armeen aus Ruanda, Uganda, Angola und Zimbabwe verwickelt waren, und der das Land weitgehend verwüstete. Die neue Übergangsregierung unter dem Präsidenten Joseph Kabila und vier stellvertretenden Präsidenten (darunter zwei aus den beiden größten Rebellenbewegungen) ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, die zunächst als „innerkongolesischer Dialog“ begannen, und schlussendlich nur durch die aktive Einmischung Südafrikas zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden konnten.

So unvollkommen diese Regierung auch ist und so moralisch fragwürdig ihre Protagonisten, hat sie doch so etwas wie einen **brüchigen Frieden für den Kongo** gebracht. Die ausländischen Truppen sind abgezogen und mit Ruanda, dem aus der Sicht Kinshasas entscheidenden Kriegsgegner, wurde Frieden geschlossen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung, die für den Völkermord in Ruanda 1994 verantwortlichen und nach wie vor im Kongo tätigen Milizen radikaler Hutu unschädlich zu machen. Die Vereinten Nationen betreiben im Kongo eine ihrer größten Missionen auf dem Kontinent, die Weltbank erließ dem Land hohe Schulden und fördert den Wiederaufbau der vollständig zusammengebrochenen Infrastruktur. Im kommenden Jahr sollen sogar Wahlen in der Demokratischen Republik (DR) Kongo abgehalten werden.

Ob dieser Frieden indes halten wird und der Kongo damit eine Chance auf eine demokratische

Entwicklung erhält, ist vorerst nicht abzuschätzen. Erstens sind die **Interessen der politischen Akteure zu unterschiedlich**, um von einem gemeinsamen Ziel sprechen zu können. Zum anderen sind die Sitten im Kongo nach den Jahrzehnten der staatlich organisierten Raubwirtschaft im Gefolge der Unabhängigkeit von Belgien 1960 derart verrotten, dass es wahrscheinlich **mehrerer Generationen bedarf, um so etwas wie „Gemeinsinn“ zu entwickeln**.

Entscheidend aber wird der Fortgang der Ereignisse im Osten des Kongo sein, in der Region der Großen Seen.

Zwar war das Friedensabkommen mit Ruanda die wahrscheinlich wichtigste Etappe auf dem Weg zu einer dauerhaften Befriedung des Kongo und damit seiner Nachbarstaaten. Gleichwohl ist bislang keines der Probleme, die zunächst zum ruandischen Genozid und der anschließenden Verwüstung des Kongo führten, auch nur ansatzweise gelöst. Die Region der Großen Seen war von jeher Rückzugsgebiet für alle jene, die an der Destabilisierung der gesamten Region interessiert waren, von Uganda über Ruanda bis hinunter nach Burundi. Der Frieden für den Kongo wird zwar in Kinshasa politisch bestimmt und unterschrieben. „Gemacht“ aber wird er im Osten des Kongo – einer Region, in der sich die verheerenden Folgen einer skrupellosen Kolonialpolitik mit der Ethnisierung zu politischen Zwecken im Nachgang zur Unabhängigkeit mischte.

Was den Osten bis heute so explosiv macht, sind weniger die politischen Forderungen der Akteure, sondern der ethnische Hintergrund ebener Forderungen. Bestes Beispiel dafür war die vorübergehende Besetzung der Stadt Bukavu Anfang Juni durch eine Fraktion der

Rebellengruppe „Rassemblement congolais pour la démocratie“ (RCD), der es zwar in erster Linie um eine Beibehaltung ihrer bislang unbestrittenen Macht und damit um Geld ging, die dafür aber die vermeintliche Verfolgung der Banyamulenge – aus Ruanda nach Kongo zugewanderte Tutsi – geltend machte. Alleine die Erwähnung von möglichen Massakern an den Banyamulenge, die 1996 Auslöser für den ersten Einmarsch Ruandas nach Kongo waren, rief trotz Friedensabkommens die ruandische Armee auf den Plan und ließ Kinshasa wüste Beschimpfungen an den „Friedenspartner“ Ruanda ausstoßen.

Dabei ist die soziale Struktur im Osten Kongos eine direkte Folge der belgischen Kolonial-

politik im benachbarten Ruanda und Burundi. Und so wie die beiden kleinen Länder auf die beiden kongolesischen Provinzen Kivu-Nord und Kivu-Süd ausstrahlen, so direkt sind die Auswirkungen aller Veränderungen in Kivu auf Ruanda und Burundi. Der Völkermord in Ruanda 1994 und seine Folgen für Kivu waren einer der Gründe für den Sturz Mobutus. Und auch die Ermordung seines Nachfolger Laurent-Désiré Kabila 2001 stand in direktem Zusammenhang mit den politisch-militärischen Auseinandersetzungen in Kivu. Der Osten des Kongo war der Ausgangspunkt für den verheerenden Krieg. **Wenn der Frieden für den Kongo eine Zukunft haben soll, muss er im Osten beginnen.**

Historische Altlasten: Hutu gegen Tutsi

Im zentralafrikanischen Seengebiet existierten vor der Ankunft der Europäer Mitte des 19. Jahrhunderts mehr als 20 Königreiche, die rund um das heutige Ruanda verstreut waren. Die größten unter ihnen waren expansiv, das heißt, sie unterhielten stehende Heere und verfügten über einen organisierten Verwaltungsapparat. Das entscheidende Charakteristikum dieser Königreiche war indes ihre gesellschaftliche Organisation. Aufgrund des expansiven Dranges hatten verschiedene dieser Ministaaten so etwas wie nationale Identität entwickeln können, die den Clan als Organisationsform abgelöst und damit das enge Korsett der ethnischen Gruppenidentifikation gesprengt hatte. Zwar gab es durchaus noch Unterscheidungen entlang dessen, was man heute als ethnische Linie bezeichnen würde. **Doch waren diese Unterscheidungsmerkmale nicht rigide im Sinne eines Kastensystems, sondern vielmehr Ausdruck der sozialen Stellung aufgrund wirtschaftlicher Potenz – und damit durchlässig.** Die Gegensätze der ruandischen Hutu und Tutsi, die schließlich im Genozid von

1994 ihren Höhepunkt fanden, sind nur vor dem Hintergrund der Kolonisierung der Region zu verstehen und der Politik der Kolonialherren, ihre Macht durch indirekte Herrschaft abzusichern.

Die heutigen Staaten Ruanda und Burundi waren 1899 zu Teilen der Kolonie Deutsch-Ostafrika erklärt worden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die deutsche Kolonialherrschaft durch die belgische ersetzt, zunächst mit einem Mandat des Völkerbundes, ab 1946 mit einem der Vereinten Nationen. Seit seiner Entdeckung hielt sich bezüglich des von den Belgiern Ruanda-Urundi genannten Gebietes der Mythos von drei ethnischen Gruppen in beiden Ländern. In der Tradition der Rassenkunde des 19. Jahrhunderts wurden drei sogenannte Rassen unterschieden, die „pygmoide“ (Twa), „bantuide“ (Hutu) und „hamitische“ (Tutsi). Demzufolge herrschte in Ruanda-Urundi eine minoritäre Klasse angeblich äthiopider (später: hamitischer bzw. nilotischer) Viehzüchter über eine Mehrheit von Bantu-Ackerbauern, die aus Kamerun zugewan-

dert waren, und übernahm im Verlaufe der Jahrhunderte deren Sprache. Diese Kategorisierung wurde von den deutschen Kolonialherren, den katholischen Missionaren und später von den Belgiern anhand von Menschenvermessungen pseudo-wissenschaftlich begründet. Die Kolonialethnologie erfand auch die Hamiten-Theorie, wonach die zugewanderten Bantu (Hutu) als die Negroiden schlechthin von den angebliche höherwertigen, „äthiopiden“ Tutsi zivilisiert worden seien. Die Belgier bezeichneten die Tutsi gar als „nègres aristocratiques“.

Tatsächlich gibt es bis heute keinerlei Hinweis für die Theorie, wonach die Tutsi ein zugewandertes Eroberervolk seien, das dann seine Sprache und Kultur „verloren“ habe. Im Gegenteil: In der oralen Geschichte Ruandas und Burundis wird von einer gemeinsamen Vergangenheit gesprochen. Zudem waren die Macht der Tutsi-Könige, auf die sich die Kolonialherren künftig stützen wollten, nur in Zentralafrika mehr oder minder gesichert, nicht aber an seinen Rändern. **Gleichwohl setzten die deutschen und später die belgischen Kolonialherren die – indirekte – Tutsi-Herrschaft in ganz Ruanda und Burundi durch. Die Folge war eine drastische Verschärfung der ethnischen Rangordnungen, die starr und rigide wurden.** Was sich bis dahin als durchlässige und keinesfalls genuine Unterscheidung manifestiert hatte, wurde plötzlich zum Geburtsmangel. Die Hutu-Mehrheit musste sich gekränkt, „minderwertig“ und diskriminiert fühlen. Die Tutsi wiederum wurden zu Herrenmenschen wider besseren Wissens.

Zur Kategorisierung ihrer Untertanen in Tutsi und Hutu erfanden die Belgier die Theorie der zehn Kühe. Wer mehr als zehn Stück Vieh besaß, musste folglich ein Tutsi sein. Ganz nebenher wurde die bis dahin propagierte „wissenschaftliche“ Einteilung der Bevölkerung in Bantu und Niloten ab absurdum geführt. Wenn man die Zugehörigkeit an den Körpermerkmalen festma-

chen konnte, wozu brauchte man dann die Rindviecher? Und umgekehrt: Wenn die ethnischen Unterscheidungen so undurchlässig waren wie die Kolonialherren behaupteten, wie konnte dann ein „echter“ Tutsi akzeptieren, dass ein Hutu sich quasi zwischen seinen Rindern versteckt in die vermeintliche Königsrasse einschleicht? Die Antwort ist von bestechender Schlichtheit: Die Einteilung in Hutu und Tutsi markierte keine ethnische Unterscheidung, sondern war Ausdruck eines sozialen Aufstiegsprozesses.

Die Schaffung einer neuen „Aristokratenklasse“ in Ruanda-Urundi durch die Belgier diente lediglich dem Zweck, eigenen Spielregeln und Interessen vermittels dieser „Kreaturen“ durchzusetzen. Die in Ruanda-Burundi staatstragende Kolonialkirche, besonders die verschiedenen Missionsgesellschaften und Orden, spielte dabei eine Schlüsselrolle. Die Belgier bedienten sich noch mehr als die Deutschen einer Politik der indirekten Machtausübung. Öffentlicher Dienst und höhere Bildung blieben exklusiv für die Tutsi reserviert. In den Schulen der Weißen Väter wurden die Schüler wie im Apartheidsystem getrennt. Die Tutsi-Kinder bekamen Milch und Fleischgerichte, die Hutu mussten Maisbrei und Bohnen essen. Dieses System hatte bis gegen Ende der fünfziger Jahre Bestand.

Ruanda

Mit der Welle der Unabhängigkeitsbestrebungen, die Ende der fünfziger Jahre den Kontinent erfasste, **erkaltete das Verhältnis der Belgier zu ihren Tutsi-Zöglingen.** Grund waren die antikolonialen Bestrebungen der ruandischen Intellektuellen, die sich natürlich nur aus Tutsi zusammensetzten. Die Antwort war, dass plötzlich auch Hutu zur Beamtenlaufbahn zugelassen wurden. Die Belgier sattelten um. **Um den sich zusehends aufrührerisch agierenden Tutsi das**

Wasser abzugraben, organisierten belgische Verwaltung und Klerus 1959 die sogenannte Hutu-Revolution, die weder antikolonial noch revolutionär war. In Wirklichkeit war diese Revolution, aus der die radikale Hutu-Bewegung Parmehutu (*Partie Mouvement de l'Emancipation Hutu*) hervorgehen sollte, eine Erfindung der belgischen Kolonialtruppen. Während der Hutu-Revolution kam es zu ersten großen Massakern an den Tutsi. Vor dieser Zeit war es weder in Ruanda noch in Burundi zum Ausbruch organisierter Gewalt zwischen den Volksgruppen gekommen. **Mit der Hutu-Revolution aber, oder besser: mit der Instrumentalisierung des künstlich geschaffenen Minderwertigkeitsgefühls der Hutu, war der Grundstein für die folgenden Massaker gelegt. Und damit für den Völkermord von 1994.** Knapp 200.000 Tutsi flohen 1959 aus Ruanda in die Nachbarländer, unter anderem nach Burundi, wo die Belgier das feudale System der Tutsi vorerst unangetastet gelassen hatten. Dort formierte sich der erste Tutsi-Widerstand: die *Union Nationale Rwandaise* (UNAR). Die Parmehutu wiederum reagierte mit Gegengewalt: Im Dezember 1963 befahl der Präfekt von Gikongoro im Süden Ruandas einen örtlichen Genozid gegen Tutsi, als Racheakt nach einem Angriff von UNAR-Milizen aus Burundi. Im März 1964 hatte der erste Präsident Ruandas, Kayibanda, den im Land verbliebenen Tutsi sogar mit ihrer Vernichtung als „Rasse“ gedroht, falls es der monarchistischen UNAR gelingen sollte, Kigali zu erobern. Die Parmehutu machten sich nicht einmal die Mühe, so etwas wie eine Ideologie zu erfinden. Ihre Devise war einfach: „Massacrer avant d'être massacré“.

Burundi

Die demographische Aufteilung Burundis ist der Ruandas zum Verwechseln ähnlich. Eine Mehrheit von Hutu steht einer Minderheit von Tutsi gegenüber. Doch während die Kolonialherren in

Ruanda die zunächst geförderte Herrschaft der Tutsi in den fünfziger Jahren in eine ebenso massive Unterstützung der Hutu umkehrten, **blieb das System der Tutsi-Aristokratie in Burundi weitgehend unangetastet.** Burundi hatte 1961 seine Unabhängigkeit erhalten und war von der Kolonialmacht Belgien als „konstitutionelle Monarchie“ geplant worden. Die herrschende Tutsi-Klasse indes hatte das Wort konstitutionell wohl nicht gehört und sah nur „Monarchie“. Mit einem Parlament, das weitgehend machtlos war, wurde immerhin der Schein einer Machtbeteiligung der Hutu gewahrt.

Gleichwohl hatte der Paradigmenwechsel in Ruanda verheerende Folgen in Burundi. Gleich dutzendfach scheiterten die Versuche der Exil-Tutsi der UNAR in den sechziger Jahren, von Burundi aus Ruanda anzugreifen. Nach jedem Angriff wurden in Ruanda Tutsi Opfer von Pogromen. Gleichzeitig war die Hutu-Revolution 1959 in Ruanda nicht ohne Auswirkungen auf die Befindlichkeiten der Hutu in Burundi geblieben. **Das Land spaltete sich entlang ethnischer Linien.** Im Oktober 1965 griffen Hutu-Offiziere den Königsplatz an, wurden aber zurückgeschlagen. Es folgten Rachemorde an Tausenden Hutus, von denen viele sich ins benachbarte Tansania absetzten. 1972 kam es zu einem staatlich organisierten Genozid der Armee an hunderttausenden Hutu. Die Massaker begannen Ende April 1972 nach Provokationen durch Hutu-Extremisten unter den burundischen Flüchtlingen in Tansania und einem Aufstand der Hutu im Süden Burundis. **Ein schleicher Bürgerkrieg hatte begonnen.**

Kivu

Bereits zu Beginn des Jahrhunderts hatten die belgischen Kolonialherren aus Ruanda stammende Arbeiter in die Plantagen der beiden kongolesischen Ostprovinzen, Kivu-Süd und Kivu-

Nord und in die Bergwerke in Katanga gebracht. Ob dahinter die Absicht stand, den demographischen Druck von dem damals schon überbevölkerten Ruanda zu nehmen, ist heute strittig. Immerhin hatte die Landknappheit in Ruanda die dortigen Bauern zu geschickten Landwirten gemacht, die sich auf komplizierte Bewässerungssysteme, Terrassenbau und maximale Ausnutzung des Bodens verstanden. Zudem benötigten die Belgier Arbeiter für die Bergwerke in Katanga, die weniger aufsässig waren als die Einheimischen

Die beiden an Ruanda und Burundi grenzen den **Ostprovinzen des Kongo, Kivu-Nord und Kivu-Süd, gehören kulturell wie wirtschaftlich ohnehin zu Ostafrika**. Schon aus diesem Grund schien die forcierte Migration nicht weiter bedenklich. Neben kulturellen Faktoren spielt dabei auch die Geographie eine Rolle. Von Goma aus betrachtet sind die Handelswege in Richtung Indischer Ozean verhältnismäßig problemlos zu bewältigen. In Richtung Westen aber, nach Kinshasa, erstreckt sich ein nahezu undurchdringlicher Regenwald.

Diese ruandischen Einwanderer, Tutsi und Hutu, verstärkten die ruandischen Immigranten, die sich schon vor der Kolonialzeit im Ostkongo angesiedelt hatten. Bei Beginn des ruandischen Genozid 1994 stellte die ruandisch-burundische Bevölkerung im Kongo sogar mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung. Nach den Luba und Bakongo sind die sogenannten Banyaruanda-Barundi heute die drittgrößte ethnische Komponente des Kongo.

Als der Kongo 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, erhielten diese Zugewanderten automatisch die kongolesische (später: zairische) Staatsbürgerschaft. Einmal des Schutzes der belgischen Kolonialherren beraubt, kam es indes nahezu sofort nach Erlangen der Unabhängigkeit

zu Spannungen zwischen den aus Ruanda und Burundi Zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung um die Kontrolle von Grund und Boden. Gleichzeitig entstanden überall im Land Protestgruppen, die sich auf ethnischer Basis entwickelten, was durch die damaligen Verwaltungsstruktur Kongos aus 23 Provinzen mit Teilautonomie zusätzlich befördert wurde. Dem neuen Machthaber Mobutu indes schwebte ein zentralistisch organisierter Staat mit lediglich acht Provinzen vor, wofür die Macht der lokalen Größen gebrochen werden musste.

Auf Kivu übertragen stellte sich die Situation Ende der sechziger Jahre folgendermaßen dar: **Die einheimische Bevölkerung wollte die aus Ruanda Zugewanderten loswerden und schlug sich auf die Seite der Simba-Rebellen unter Pierre Mulele, die – so diffus ihre sonstigen Forderungen auch waren – einen selbstbestimmten Kivu forderten. Mobutu unterstützte folgerichtig die „Ruander“ mit kongolesischem Pass, denen Mulele mit seinem Sezessionismus ohnehin suspekt war. Die Zugewanderten profitierten von der neuen Unterstützung aus Kinshasa, um den Einheimischen noch mehr Land abzunehmen.** Ein Zustand, der bis heute unverändert ist und weiterhin für Ärger sorgt.

Das galt für die „Ruander“ in Nord-Kivu – die Banyaruandas – ebenso wie für die Banyamulenge in Süd-Kivu; Tutsi aus Ruanda, die sich bereits im 19. Jahrhundert in der Region niedergelassen hatten. **Wie die Banyaruandas weiter nördlich waren die Banyamulenges während des kongolesischen Krieges von 1960 bis 1965 Alliierte Mobutus und diese Verbindung hielt bis 1980, als Mobutu auf der Suche nach neuen Verbündeten den aus Ruanda stammenden Kongolesen die Zivilrechte aufkündigte und sie damit für vogelfrei erklärte.**

Der Genozid in Ruanda und seine Folgen für Kivu

Vor diesem Hintergrund ethnischer, aber lokal begrenzter Konflikte in Ruanda, Burundi und im Ostkongo beginnt der Völkermord in Ruanda 1994. Seit Beginn der neunziger Jahre war Ruanda Angriffen einer Rebellenarmee ausgesetzt, die von Uganda aus in den Norden des Landes vorstieß. **Diese Bewegung, die *Rwandan Patriotic Front* (RPF), setzte sich aus Tutsi zusammen, die in den fünfziger Jahren Ruanda nach völkermordartigen Zusammenstößen hatten verlassen müssen und in Uganda Zuflucht gefunden hatten. Die Exil-Tutsi waren die wichtigsten Verbündeten des späteren ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni bei seiner Machtergreifung gewesen.** Wie eng diese Verbindung war, zeigt das Beispiel von Paul Kagame, dem Strategen des RPF-Feldzuges und heutigen Präsidenten Ruandas, der eine Zeitlang Chef des militärischen Geheimdienstes in Uganda war. Die RPF nutzte ugandisches Militärmaterial und ugandische Basen.

Die Hutus um den ruandischen Präsidenten Habyarimana hatten diesen Angriffen, die auf den Sturz Habyarimanas abzielten und auf eine Machtbeteiligung der diskriminierten Tutsi in Ruanda, **nicht viel entgegenzusetzen außer den alten Reflexen: der Bedrohung der in Ruanda lebenden Tutsi.** Die Logik der „Hutu-Power“ genannten Extremisten im Regierungslager zielte auf die Vernichtung der Tutsi ab, und entsprechende Vorbereitungen wurden getroffen. Eine davon war die Gründung der Interahamwe-Milizen („die, die zusammenstehen“), deren Aufgabe es war, möglichst viele Tutsi zu ermorden und die dafür eigens in Lagern trainiert wurden. Aber auch die reguläre Armee *Forces Armées Rwandaises* (FAR), die Sicherheitsdienste und die Polizei wurden in diesem Sinne instruiert. Das alles war bekannt, unter anderem dem kanadischen Befehlshaber der UN-Blauhelme in Ruanda, die

einen Waffenstillstand zwischen RPF und FAR sichern sollten.

Am Abend des 6. April 1994 wird Habyarimanas Flugzeug über der Hauptstadt Kigali abgeschossen. Kurz darauf beginnt der Genozid an den Tutsi und jenen Hutu, die sich dem Wahnsinn widersetzen. Bis heute ist nicht geklärt, wer das Flugzeug abschoss: extremistische Elemente des Hutu-Power, denen Habyarimanas Kompromissbereitschaft gegenüber der RPF zu weit ging, oder eben doch RPF-Soldaten, die im Rahmen eines Waffenstillstandsabkommens zu diesem Zeitpunkt eine Kaserne in Kigali bezogen hatten. 800.000 Menschen kommen in den folgenden 100 Tagen ums Leben. Die RPF startet einen Großangriff, um das Morden zu beenden.

Angesichts des Völkermordes jenseits der Grenze spalten sich die im Kongo ansässigen Ruander, die bis dahin eine geschlossenen Block gegen die Einheimischen gebildet hatten, in Tutsi-freundliche und Hutu-freundliche. Anders ausgedrückt: **Die aufgrund der prekären Lage in Kongo überwundene Ethnizität dieser Migranten bricht sich in dem Moment wieder Bann, wo diese Auswanderer von dem Krieg in ihrer ehemaligen Heimat eingeholt werden.** Die aus Uganda nach Ruanda einmarschierte RPF treibt die Völkermörder vor sich her.

Eine Million Hutu – darunter die Völkermörder – flüchten aus Ruanda in die riesigen Lager rund um die kongolesische Stadt Goma am Nordufer des Kivusees, wo die für den Völkermord Verantwortlichen sofort damit beginnen, sich eine neue Machtbasis zu schaffen. Die Milizen extremistischer Hutus waren mit ihren Waffen in den Kongo gekommen, nachdem die französische Armee ihnen einen Korridor von Ruanda nach Kivu

gesichert hatte. Der damalige französische Präsident Mitterrand verkaufte der Welt die *Opération Turquoise* genannten Militäraktion als „humanitär“. Tatsächlich aber sorgte diese Aktion für zweierlei: **der Krieg endete nicht, sondern verlagerte sich lediglich in den Kongo.** Zudem mussten die ohnehin frankophilen Hutu-Extremisten das Eingreifen Frankreichs als Aufforderung verstehen, nicht nachzulassen.

Einmal im Kongo, legen sie sich zuerst mit der einheimischen Bevölkerung an, dann mit dem Tutsi-gewogenen Teilen der Banyaruander. Einfach aufgrund ihrer Zahl übernehmen diese Gruppen relativ schnell die militärische und politische Kontrolle über die beiden Provinzen.

Nord-Kivu wird zu einem regelrechten Schlachtfeld. An der Grenze zu Uganda, wo der Arm der kongolesischen Regierung noch nie hingereicht hatte, nisteten sich Rebellengruppen ein, die den ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni stürzen wollen – darunter die *Alliance des Forces Démocratiques*, eine multiethnische Guerilla mit starker islam-fundamentalistischer Ausprägung, die von Sudan unterstützt wurde, weil Museveni die südsudanesischen Rebellen der *Sudan Peoples Liberation Army* (SPLA) unterstützt und ihnen im Norden Ugandas Rückzugsgebiete gewährt hatte. Auf lokaler Ebene stützen sich diese Guerilleros auf die Hutu-Extremisten, die aus dem Schutz der Flüchtlingslager, die sich wie ein Riegel entlang der Grenze zu Ruanda und Burundi durch den Kivu ziehen, Ruanda angreifen. **Diese Kooperation war ein Geschäft auf Gegenseitigkeit: Die Hutu-Extremisten wollten Ruanda destabilisieren, die *Alliance des Forces Démocratiques* Uganda; da der ugandische Präsident Muse-**

veni zu diesem Zeitpunkt aufgrund seiner engen Beziehung zu Kagame als der Mann im Hintergrund galt, hatten die beiden so unterschiedlichen Gruppen zumindest ein gemeinsames Feindbild.

In Süd-Kivu wiederum macht die burundische Variante der Hutu-Extremisten, die *Forces de Dfense de la Dmocratie*“ (FDD) und die *Partie pour la Libération du Puple Hutu* (Palihetu), ebenfalls gemeinsame Sache mit den aus Ruanda geflohenen Hutu-Milizen und verstärkt ihre Angriffe auf die burundische Hauptstadt Bujumbura. Die kongolesische Armee unterstützt sie dabei, weil Mobutu den Einfluss auf die beiden Kleinstaaten Ruanda und Burundi, der ihm abhanden zu kommen drohte, zurückgewinnen will. Noch im Jahr der großen Massenflucht, also 1994, kam es im Kongo zu den ersten Massakern an ruandischstämmigen Kongolesen (in der Ortschaft Masisi in Nordkivu). Im Jahr darauf waren rund 100.000 Tutsi aus dem Kongo nach Ruanda und Uganda geflüchtet. Im September 1996 begannen die Hutu-Extremisten im Kongo im Verbund mit der kongolesischen Armee mit der systematischen Ermordung der Banyamulenge in Süd-Kivu, was die **ruandische Armee zu einer „Säuberungsaktion“ in den kongolesischen Flüchtlingslagern veranlasst, die kurzfristig sogar erfolgreich war, weil von den mehr als eine Million Flüchtlingen schätzungsweise 700.000 nach Ruanda zurückkehrten. Für den Rest der im Kongo verbliebenen Hutu begann daraufhin ein Wettlauf mit dem Tod. Nahezu 200.000 Menschen kommen bei den Verfolgungsjagden quer durch den kongolesischen Dschungel in den folgenden Jahren ums Leben.**

Ein lokaler Konflikt wird international

Die „Operation Kabila“

Trotz der jede Vorstellungskraft sprengenden Opferzahlen des Genozides – bis zu 800.000 Toten – war der durch den Genozid in Ruanda verursachte Konflikt im Osten des Kongo nach wie vor ein lokal begrenzter. Doch die internationale Großwetterlage zu diesem Zeitpunkt – Mitte der neunziger Jahren – hatte sich dramatisch gewandelt und diese Veränderungen hatten auch Afrika eingeholt. Die Berliner Mauer war gefallen, der Kalte Krieg beendet und Mobutus Zaire, einst ein wichtiger Stützpunkt der CIA, machte anti-amerikanische Politik. **Mobutu unterstützte den angolanischen Rebellenführer Savimbi und seine bei den Amerikanern in Ungnade gefallene UNITA; Mobutu half den Hutu-Mordbrigaden aus Ruanda. Was aber am schwersten wog: In Kinshasa hatte die Partei des sudanischen Islam-Ideologen Hassan al-Turabis, die Islamische Front, ein Verbindungsbüro,** und nach dem Wegfall der Kommunisten als Feindbild waren nunmehr die „Islamisten“ die Verkörperung des Bösen. Dafür hatten der iranische Ayatollah Khomeini und die Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran gesorgt. Zudem kooperierten zu diesem Zeitpunkt der Sudan und der Iran in „Sicherheitsfragen“ bereits eng. Nahezu der gesamte sudanische Geheimdienst war von Iranern ausgebildet worden. Vor diesem Hintergrund wurde Mobutu zu einem Risiko.

Zumindest war dies die Sicht der Amerikaner. Widerspruch war kaum zu erwarten. Frankreich hatte sich mit der *Opération Turquoise* und der Evakuierung der Hutu-Extremisten in den Kongo gerade erst blamiert und entsprechend gering war sein Gewicht. Belgien war nach wie vor schockiert vom Tod von zehn seiner Fallschirmjäger, die zu Beginn des Völkermordes in Ruanda umgebracht

worden waren und hielt sich zurück. Die Vereinten Nationen hatten dem Völkermord tatenlos zugesehen und konnten nicht mehr ernst genommen werden. Der neue starke Mann Ruandas aber, Paul Kagame, war ganz nach dem Geschmack der Amerikaner: Anglophil, an amerikanischen Militäarakademien ausgebildet, kompetent und zudem ein Vertrauter des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni, dem neuen Verbündeten der Vereinigten Staaten in der Region. Zudem schien Kagames Absicht, seine Außengrenze gegen die Hutu-Extremisten offensiv zu verteidigen, legitim. **Wenn bei gleicher Gelegenheit der verhasste Mobutu gestürzt werden könnte – umso besser.**

Die Ruander hieften Laurent-Désiré Kabila auf den Schild, der in Tansania zwei Kneipen betrieb und gelegentlich für die UNITA Diamanten schmuggelte. Kabila war früher in der kongole-sischen Simba-Revolution aktiv gewesen und hatte sich dabei vor allem durch Inkompetenz und Raffgier hervorgetan. **Als „Werkzeug“ zum Sturz Mobutus schien Kabila geradezu ideal, weil von ihm keine intellektuellen Überraschungen zu erwarten waren.**

Die „zugewanderten“ Kongolesen in Süd-Kivu, also die Banyamulenge, die zu diesem Zeitpunkt bereits systematischen Massakern durch die Hutu-Milizen im Ostkongo ausgesetzt waren, wurden zur Speerspitze eines Eroberungsfeldzuges, der von regulären ruandischen Truppen geplant und ausgeführt wurde. Schon damals war ersichtlich, dass Ruanda unter Paul Kagame im Osten Kongos weitaus mehr Interessen verfolgte als nur die Sicherung seiner Außengrenze. **Es ging darum, das kongolesische Hinterland ein für alle Mal unter Kontrolle zu bekommen. Die einzige verbliebene Großmacht, die Vereinigten Staaten, unterstützten dieses Vorhaben. Amerika-**

nische Militärberater tauchten in Kigali auf. Und Südafrika, das nach dem Ende der Apartheid seine ersten Gehversuche als kontinentale Ordnungsmacht unternahm, lieferte Waffen. Und wieder nahmen dramatische Veränderungen für die ganze Region im Osten Kongos ihren Anfang.

Der angesichts der Größe und Unwegsamkeit des Kongo nur als „Blitzkrieg“ zu bezeichnende Sieg Kabilas war indes nicht allein der ruandischen Armee mit ihren amerikanischen Satellitenaufnahmen geschuldet. Die Menschen hatten schlichtweg genug von Mobutu und seinen Kleptokraten. Bezeichnenderweise leistete die kongolesische Armee den vorrückenden Truppen kaum Widerstand. Gerüchte besagen, dass sich Angreifer und „Verteidiger“ jeweils am Vorabend über ihre Absichten für den nächsten Tag gegenseitig ins Bild setzten und man das Ganze dergestalt arrangierte, um sich nicht allzu sehr in die Quere zu kommen. Kabila wurde in der Hauptstadt Kinshasa sehnsüchtig erwartet. Die Wirtschaft des Landes war inzwischen völlig zusammengebrochen. Die Preise im Raum Kinshasa etwa waren von 1960 bis 1980 auf das über 330fache gestiegen. Während die Löhne in der Privatwirtschaft zwischen 1960 und 1980 um knapp das zwanzigfache stiegen, kosteten Lebensmittel auf dem Markt von Kinshasa rund 470 mal soviel.

Gleichwohl ging Kabila nach seinem Einzug in Kinshasa mit einer schweren Hypothek ans Werk: Die Teilnahme ugandischer und vor allem ruandischer Soldaten galt als wenig zukunftsfruchtig. Ihr Kriegsziel, die Auflösung der Flüchtlingslager im Osten und die Vernichtung der Hutu-Milizen, hatten sie weitgehend erreicht. Uganda war mit seiner Teilnahme an der Neuordnung Zentralafrikas ohnehin nicht sonderlich erfolgreich, weil die Angriffe der bewaffneten ugandischen Opposition im Nordosten Kongos weitergingen. Ruanda indes sah die einmalige Chance, dem politisch mit Abstand einflussreichsten Land der Region

seinen Stempel aufzudrücken und durch eine Einflussnahme auf die kongolesische Innenpolitik gleichzeitig die eigene Außengrenze dauerhaft zu sichern.

Kabila aber wollte nicht. **In einer grotesken Überschätzung der eigenen Kräfte warf er die Ruander aus dem Land und hofierte wiederum die Reste der Hutu-Extremisten, was für Ruanda Grund genug für einen zweiten Durchmarsch durch Kongo war.** Wieder ist der Osten des Kongo, wo die Interahamwe und die Reste der ehemaligen ruandischen Hutu-Armee ihre Basis haben, Grund der Auseinandersetzung, und wieder beginnt ein Krieg, der das ganze Land erfasst, im Osten, in Uvira, wo sich die Banyamulenge 1998 mit militärischer Hilfe aus Ruanda gegen den neu erstarkten Einfluss der Hutu-Extremisten zur Wehr setzen. Die vier Jahre zuvor aus Masisi vertriebenen Tutsi erobern Goma. Neue „Rebellenbewegungen“, die ihre Befehle direkt aus Kigali empfangen, nehmen den Kampf gegen Kabila auf.

Der Sudan-Faktor

Ob dieser zweite Angriff Ruandas auf Kongo tatsächlich noch dem Ziel diene, die Außengrenze vor den zu diesem Zeitpunkt signifikant dezimierten Hutu-Extremisten zu schützen, oder **ob dahinter nicht doch die von vielen in Ruanda offensiv vertretene „Theorie des Lebensraums“ steht, ist nicht eindeutig zu beantworten.** Für diese Theorie spricht, dass Kivu aus ruandischer Sicht schon aufgrund der großen Zahl ruandischer Siedler immer ein Stück Heimat war. Diese Siedlungspolitik hatte wiederum ihren Ursprung in der Überbevölkerung Ruandas – ein Zustand, der andauert und an dem auch der Genozid nichts geändert hat. Zudem stellte sich das Problem der Banyamulenge, die sich gegen die Kongolesen gestellt hatten, das Land aber nicht verlassen wollten und ihr Heil in einem

dauerhaften Einfluss Ruandas auf Kivu sehen. Bezeichnenderweise verweigerte der ruandische Präsident vor wenigen Monaten die Antwort auf die Frage, ob Ruanda eine Grenzverschiebung ausschließe, sollte sich Kivu in einem Referendum für den „Anschluss“ entscheiden. Er hätte ja sagen können oder nein, oder auf den berühmten Politikerspruch „die Frage stellt sich nicht“ zurückgreifen. Doch Kagame wollte lieber gar nichts sagen.

Wahrscheinlich war es eine Mischung von beiden, die **durch die lukrative Ausbeute der kongolesischen Bodenschätze eine zusätzliche Dynamik erhielt**. Gleichwohl ist unstrittig, dass Ruanda 1998 hätte gestoppt werden können, wenn es international den Willen dazu gegeben hätte. Doch Kabila hatte den gleichen Fehler wie Mobutu gemacht und sich dem Sudan angenähert. Unter den vielen Fehlern, die Kabila in seiner kurzen Regierungszeit beging, war das **Werben um den Sudan als Alliierten nicht einmal der folgenschwerste. Aber er kostete ihn die letzten Sympathien der Amerikaner**, der Verbündeten Ruandas. Amerikanische Diplomaten bezweifelten in der Folge offen die Regierbarkeit des Kongo in seinen damaligen Grenzen – immerhin ein Land so groß wie Westeuropa – und amerikanische Zeitungen druckten Karten, die einen geteilten Kongo zeigten.

Im Osten grenzt der Kongo an den Schurkenstaat Sudan, und die Verwicklung des zweiten amerikanischen Verbündeten in der Region, Uganda, hatte ihren Ursprung in der Sorge vor Angriffen sudanisch alimentierter Rebellen aus dem kongolesischen Hinterland. Das Interesse des Sudans am Kongo wiederum war nicht, die kongolesische Gesellschaft zum Islam zu bekehren, was angesichts der machtvollen Stellung der katholischen Kirche im Land ohnehin verlorene Mühe gewesen wäre. **Aus der Sicht Khartums ging es vielmehr darum, der „Umzingelung“ durch feindlich gesonnene, auf amerikanischen Druck hin agie-**

rende Staaten (Uganda, Äthiopien, usw.) zu entgehen und den Kongo als Basis für die Destabilisierung dieser „Vasallenstaaten“ zu nutzen.

Ein weiterer Grund: **Wasser**. Der sudanische Bürgerkrieg ist nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen muslimischen Norden und christlich-animistischem Süden. Es ist auch ein Kampf um Wasser und darum, wer den Nil kontrolliert, von dem der Norden des Sudan sowie Ägypten abhängen. **Der Krieg im Sudan entzündete sich 1983 an zwei Gründen: der landesweiten Einführung der Scharia und dem Bau des Jongleikanals, mit dem Khartum in Kooperation mit Ägypten einen Großteil des Nilwassers nach Norden transportieren wollte, weil jedes Jahr in der Trockenzeit im Süden Millionen Kubikmeter Wasser verdunsten. Gleichzeitig hätte dieser nie fertiggestellte Kanal die für die Nomaden lebenswichtigen Flutungsräume im Süden trockengelegt und ihnen damit die Existenzgrundlage genommen.**

Vor diesem Hintergrund schien Kongo der ideale Partner: Das Land hat Wasser im Überfluss. Sichtbarstes Zeichen der Annäherung zwischen Kabila und den Sudan waren **Pläne, ein Teil des Kongo-Wassers durch einen gigantischen Kanal in Richtung Sudan zu pumpen**. Das Projekt kam zwar nie über das Planungsstadium hinaus, reichte aber aus, die gesamte Anti-Sudan-Front in helle Aufregung zu versetzen. **Die Clinton-Administration, die in Sachen Sudan ohnehin unter extremen Einfluß christlicher Gruppen in Amerika stand, ging endgültig auf Distanz zu Kabila und überließ es Ruanda und Uganda, das „Problem“ zu lösen.** Das Ergebnis war ein allumfassender Krieg in Kongo: **Zimbabwe sprang Kabila militärisch bei und bildet bei gleicher Gelegenheit die burundischen Hutu-Extremisten aus, die Ostkongo weiterhin als Basis für ihre Angriffe auf Bujumbura nutzten. Angola marschierte in den Kongo ein, um den kräftig mitmischenden UNITA-Truppen**

den Garaus zu machen, deren Führer Savimbi nach Mobutus „Ausfall“ seine Diamanten über Ruanda und Tansania absetzte. Auf der anderen Seite drängen ruandische und ugandische Truppen weit auf kongolesisches Territorium vor.

Es bedurfte eines Machtwechsels in Kinshasa – der Ermordung Kabilas 2001 –, und eines neuen amerikanischen Präsidenten, um die über weite Strecken von der Sudan-Frage beeinflusste amerikanische Haltung gegenüber dem Kongo zu entkrampfen. **Den Anfang machten die Bemühungen der Bush-Administration, mit dem Regime im Sudan ins Gespräch zu kommen, womit der Einfluss des Uganders Museveni auf die amerikanische Politik in der Region drastisch reduziert wurde.** Denn trotz der Vorkommnisse in der westsudanischen Region Dafur und den nach wie vor schleppenden Friedensverhandlungen mit dem rebellischen Süden ist mittlerweile klar, dass der Islamismus in Khartum zu einer leeren Worthülse verkommen ist. **Zumindest hat Khartum seine aggressive Außenpolitik eingestellt und die letzten im Kongo verbliebenen ugandischen Guerilleros haben im vergangenen Jahr ihre Fühler ausgestreckt, unter welchen Bedingungen für sie eine Rückkehr nach Uganda möglich sei.**

Die Kontrolle über strategische Rohstoffe

Jenseits der Sudan-Frage ging es aus **westlicher Sicht** in der DR Kongo darum, ein **Minimum an Kontrolle über die als strategisch eingeschätzten Rohstoffe des Landes zu bekommen: Gold, Uran, Coltan, Kupfer, Öl.** In die Plünderungen der kongolesischen Rohstoffe waren ja längst nicht mehr nur die „üblichen Verdächtigen“ verwickelt, das heißt europäische und amerikanische Konzerne. Vielmehr tummeln sich nordkoreanische, kasachische, chinesische und arabische Unternehmen in diesen sensiblen Bereichen. Im

Westen schien die Einsicht zu reifen, dass man sich ein rechtstaatlich „schwarzes Loch“ wie Kongo aus eigenen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht länger leisten kann.

Zur Durchsetzung dieser Ziele formierte sich in der DR Kongo eine **alte Allianz neu**, die fortan den völlig unerfahrenen Präsidenten Joseph Kabila, der seinem ermordeten Vater nachfolgte, hofierte: **die Vereinigten Staaten mit ihrem Einfluss auf Weltbank und Internationalem Währungsfonds auf der einen Seite, und die alte Kolonialmacht Belgien, die im Kongo ein effizientes Netzwerk unterhält, auf der anderen Seite.** Der belgische Botschafter beschrieb die Zusammenarbeit im Sommer 2001, also kurz nach der Ermordung des älteren Kabila, folgendermaßen: „Wir haben die Erfahrung, und die Amerikaner das Geld“.

Dabei hat gerade die Renaissance der amerikanisch-belgischen Allianz im Kongo einen bitteren Beigeschmack. Die beiden Nationen hatten schon einmal an einem Strang gezogen. Das war nach der Unabhängigkeit zu Beginn der sechziger Jahre, auch damals ging es um Kupfer und Uran, und das Ergebnis war die Ermordung Patrice Lumumbas, des ersten freien Ministerpräsident des Kongo, und die Inthronisierung Mobutus. Und natürlich ging es damals wie heute darum, das potentiell reichste Land Afrikas indirekt zu regieren.

Immerhin kam der ruandische Präsident Kagame durch die eindeutige Verschiebung des politischen Schwerpunktes nach Kinshasa ins Hintertreffen. Musevenis Einfluss wiederum war durch die direkten Gespräche zwischen Washington und Khartum bereits geschwächt. Das Beispiel Museveni vor Augen, war Kagame plötzlich zu Konzessionen bereit. **Die ruandischen Truppen wurden aus dem Kongo abgezogen, ein Friedensvertrag geschlossen.** Der deutlichste Hinweis auf eine drohende Isolation war Kagames

Besuch auf dem Gipfeltreffen der frankophonen afrikanischen Staaten in Paris im vergangenen Jahr, das Spötter gerne als „Chirac-Fan-Club-Treffen“ bezeichnen. Obwohl die Beziehungen zwischen Frankreich und Ruanda dadurch nicht besser wurden, zeigte diese Geste dennoch Kagames Interesse an neuen Allianzen jenseits der

Amerika-Schiene. Dass diese nicht zustande kamen, hängt mit dem gestörten Verhältnis Frankreichs zur ruandischen Führung zusammen und der Einsicht, dass der Preis für größeren Einfluss in Kinshasa eine zwangsläufige Distanzierung von Kagame bedeutet.

Neuer Frieden, alte Probleme

Burundi

Burundi ist nach vielen Rückschlägen heute auf dem Weg zu einer **Einigung mit den Hutu-Rebellen**, und die Tatsache, dass die Basen dieser Rebellen in Tansania und Kongo nicht mehr sicher sind, hat ihre Kompromissbereitschaft deutlich gesteigert. Von den 120 Gemeinden des Landes sind heute 120 „befriedet“, das heißt, es finden dort keine Überfälle auf Reisende mehr statt, von den sieben Rebellengruppen sind sechs in der Übergangsregierung. Die letzte dieser Bewegungen, die FDD, die nach wie vor vom Kongo aus agiert, wurde im April in Kämpfen mit der neuen, von belgischen Offizieren ausgebildeten kongolischen Nationalarmee verwickelt und dabei deutlich geschwächt. Insofern konnte Burundi vom Frieden im Kongo eindeutig profitieren. In der Hauptstadt Bujumbura regiert zur Zeit ein **Hutu-Präsident**, der ehemalige stellvertretende Präsident Domitien Ndayizeye. Alleine die Tatsache, dass **der vormalige Präsident Pierre Buyoya, ein Tutsi, seinen Sessel nach der Hälfte der Amtszeit für seinen Stellvertreter räumte, muss vor dem Hintergrund des schleichenden Bürgerkrieges in Burundi als Erfolg gewertet werden**: Der Genozid in Ruanda hat die von Tutsi dominierte Armee in Burundi in der Ansicht gestärkt, dass ihre Kontrolle über die Sicherheitskräfte des Landes die einzige Lebensversicherung ist, die sie haben. Gleichwohl ist die ursprüngliche Weigerung, dieses Machtinstrument

für Hutu zu öffnen, der Einsicht gewichen, dass diese ethnische Armee in eine nationale umgewandelt werden muss, sollte die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen Wirklichkeit werden. Es gibt sogar Beobachter, die sagen, **Burundi sei eigentlich viel weiter als das benachbarte Ruanda, weil in Burundi der Gegensatz zwischen Hutu und Tutsi nicht ausgeblendet wird, sondern Teil der Diskussion sei. Die historischen Ungerechtigkeiten gegenüber den Hutu werden in Burundi als eigene, nationale Fehler akzeptiert, und die Erwähnung der jeweiligen Zugehörigkeit wird anders als in Ruanda nicht als neuer Versuch der Ethnisierung der Debatte gewertet, sondern als notgedrungener, weil faktischer Standpunkt.**

Ruanda

In Ruanda wurde die **Nennung von „Hutu“ und „Tutsi“ in den Personalausweisen abgeschafft und in der öffentlichen Diskussion ist die Unterscheidung verboten**. Das wirkt hilflos angesichts des nach wie vor gespannten Verhältnisses der beiden Gruppen und des nachvollziehbaren Misstrauens. Die **Geschichtsbücher werden zur Zeit umgeschrieben**, um den Kindern nicht länger die frühere Staatsideologie von Tutsi als fremden Invasoren und Hutu als authentischen Ruandern einzutrichtern. Statt dessen wird darauf verwiesen, dass diese Unterscheidung eine Erfin-

derung der ersten Kolonialisten – der Deutschen – war. Bis diese neuen Bücher aber an den Schulen verteilt werden, ist der Geschichtsunterricht und damit auch die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Genozid und seinen Ursachen, ausgesetzt. Ersatz bieten die „Solidaritätslager“, wo Schüler, entlassene Gefangene und ehemalige Soldaten in politischer Bildung unterrichtet werden.

Oberflächlich ist das kleine Land befriedet. Doch **Pressefreiheit existiert nicht. Oppositionsparteien werden schikaniert. Kritik an der Regierungspartei ist unerwünscht und die staatlich verordnete Abschaffung der ethnischen Zugehörigkeit kann die Brüche innerhalb der Gesellschaft bestenfalls übertünchen, nicht aber tilgen.** Im vergangenen Jahr wurde Kagame nach umstrittenen Wahlen mit 95 Prozent der Stimmen wiedergewählt, nachdem er zuvor lediglich vom Parlament als Präsident akklamiert worden war. Der repressive Umgang mit der nahezu vollständig im Exil lebenden Opposition wird von der ruandischen Regierung mit der Ethnisierung der politischen Parteien vor dem Genozid und dem „Nie wieder“ begründet. Dieser mutwilligen Unterdrückung jeder zur Zeit noch so unwahrscheinlichen Politisierung auf ethnischer Basis steht allerdings die demographische Entwicklung Ruandas gegenüber: **30 Prozent der heute 8,4 Millionen Ruander wurden nach dem Genozid geboren, und diese Generation wird den Völkermord auf Dauer nicht als Grund für politische Bevormundung akzeptieren.**

Ostkongo

Schleichende Landnahme durch Ruanda

Für Kivu stellt sich die Situation völlig anders dar: Mit dem Friedensschluss und der Schaffung einer Übergangsregierung sind **die ethnischen Probleme, die zum Ausbruch des Krieges führten, nicht einmal ansatzweise gelöst.** In

Kivu etwa hat sich unter dem Eindruck des Krieges unter den „Einheimischen“ so etwas wie eine **nationale kongolesische Identität** gebildet, die wie eine Reminiszenz an die fehlgeschlagene Zairisierung Mobutus wirkt. Ob dieses neue kongolesische Nationalgefühl auf dem Bedürfnis fußt, sich als eine Nation zu verstehen oder nicht doch eher **Ausdruck einer rigorosen Ablehnung des starken ruandischen Einflusses auf Kivu** ist, bleibt fraglich. Das Verhalten der Banyamulenge jedenfalls, die die Speerspitze von Kabilas Armee beim Marsch auf Kinshasa bildeten, wurde ihnen von ihren ehemaligen Nachbarn später als Landesverrat ausgelegt. Auch dafür lieferte die Besetzung der Stadt Bukavu Anfang Juni ein beredtes Beispiel: Kinshasa verfiel angesichts des Banyamulenge-Angriffes in die alten Reflexe und bezichtigte Ruanda, einen erneuten Einmarsch vorzubereiten. Ruanda wiederum äußerte „Verständnis“ für die Sorge der Banyamulenge vor neuen Massakern, womit der vermeintliche Frieden zumindest in Kivu wieder bei den Ursachen des Krieges angelangt wäre.

Die Erfahrungen aus den letzten zehn Jahren haben die **ruandischstämmigen Kongolesen gelehrt, dass sie sich im Zweifelsfall nur auf Ruanda verlassen können.** Entsprechend wurde Vorsorge getroffen: Die Verwaltung in Goma ist fest in ruandischer Hand, die ruandische Armee ist nie mehr als 90 Minuten Autofahrt entfernt, und jeder ruandische Soldat, der sich nach seiner Demobilisierung im Kongo niederlässt und eine Kongolesin heiratet (was ihm die kongolesische Nationalität sichert) erhält eine Prämie der ruandischen Armee.

Für die **Kivu-Kongolesen stellt sich der Kongo im Jahr 2004 so dar: Von Mobutu verkauft, von den Hutu überrannt, der ruandischen Armee unterjocht und nunmehr von den Banyamulenge und Banyaruandas bevormundet. Das ist bestenfalls ein vorübergehender Zustand, aber nie und nimmer eine Basis für ein**

friedliches Zusammenleben. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Kinshasa im Nachgang zu der Besetzung Bukavus, bei der UN-Soldaten angegriffen worden waren, denen man Untätigkeit vorwarf, zeigen, wie vehement die Machtstellung der Banyamulenge – und damit Ruandas – in Kivu von den Kongolesen abgelehnt wird. **Dieses spannungsgeladene Verhältnis dürfte sich in der Zukunft eher noch verschärfen** als entspannen, sofern die Banyamulenge sich weiter der Ernennung von Provinzgouverneuren durch Kinshasa widersetzen und ihr Heil in einer engen Anbindung an Ruanda suchen.

Hinzu kommen die lokalen Widerstandsgruppen, die sich wie die Maji-Maji mit den Hutu-Milizionären gegen die ruandischen Kongolesen und später die ruandische Armee verbündeten, heute auf eigene Rechnung weitermachen und die ganze Region zu einem Hochrisikogebiet gemacht haben. Fest steht auch, dass **in Kivu immer noch Reste der Hutu-Extremisten aktiv sind, wobei die von Kigali genannte Zahl von mehr als 30.000 allerdings weit übertrieben scheint.** Außerdem stellt sich im Zusammenhang mit diesen Gruppen die Frage, inwieweit sie noch mit den für den Völkermord in Ruanda 1994 Verantwortlichen identifiziert werden können. Seither sind zehn Jahre vergangen und viele der Täter von damals dürften angesichts der haarstäubenden Lebensumstände im Busch mittlerweile tot sein. Die Existenz einer „zweiten Generation“ von Hutu-Extremisten mit einem ähnlichen Organisationsgrad wie die „erste Generation“ aber ist nicht bewiesen.

Kampf um Rohstoffe und Ressourcen

Hinzu kommt der Reichtum Kivus an Bodenschätzen, der von jeher Gegenstand zahlreicher Rivalitäten war. Bestes Beispiel dafür ist das Erz Coltan, das vor allem in Kivu gefördert wird und für Unterhaltungselektronik verwendet wird (Han-

dys, Playstations, etc). Als die Preise für Coltan in den Jahren 2000 und 2001 auf nie gekannte Höhen stiegen, mutierte der Krieg in Kivu zwischen den diversen Rebellengruppen, der ruandischen Armee und den Resten der Hutu-Milizen zu einem regelrechten Coltan-Krieg. Militäroffensiven stimmten geographisch nahezu immer mit den jüngsten Coltan-Funden überein. Gleichzeitig wurden diese Plünderungen nicht nur zur Haupteinnahmequellen für die von Ruanda unterstützten Rebellen, sondern regelrecht zu ihrer Daseinsberechtigung. Die ruandische Armee wiederum finanzierte sich über diese Rohstoffe, die nur mit ihrem Einverständnis abtransportiert und verkauft werden konnten. Dabei war Coltan nur einer von vielen Rohstoffen, die Kigali Reichtum brachten: Kivu hat Gold, Diamanten, Holz, Kaffee, Öl. **Dieser potentielle Reichtum wird dafür sorgen, dass die kongolesische Regierung sich nie damit abfinden wird, Kivu zu verlieren. Umgekehrt werden die Ruander ihre Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten nicht aufgeben. Womit der nächste Konflikt vorprogrammiert ist.**

Fehlen öffentlicher Verwaltung

Um die widerstrebenden Interessen der Bevölkerung in Kivu und ihrer jeweiligen Hintermänner in kontrollierte Bahnen zu lenken, **wäre eine starke Verwaltung, die sich regional dem Schutz der Minderheiten verpflichtet fühlt, wahrscheinlich der aussichtsreichste Lösungsansatz.** Mit anderen Worten: Ein föderaler Bundesstaat Kongo mit weitgehender Autonomie für die einzelnen Bundesstaaten. Nun ist Föderalismus per Definition ein verwaltungstechnisch aufwendiges Gebilde und nur schwer auf afrikanische Verhältnisse zu übertragen. Das heißt aber nicht, dass Föderalismus in Afrika nicht funktionieren kann. Nigeria ist trotz aller systemimmanenten Schwächen eine funktionierende Bundesrepublik und dem Kongo speziell in der Frage der ethnischen Balance nicht unähnlich. **In der**

vorläufigen kongolesischen Verfassung indes, die der Übergangsregierung als Basis dient, ist die Frage nach der künftigen Staatsform ausgeklammert worden, so dass, sollte es im kommenden Jahr tatsächlich zu Wahlen kommen, niemand weiß, ob er für einen zentralistisch geprägten Staat stimmen wird oder einen föderalen.

Ohnehin ist Verwaltungserfahrung eine unbekannte Größe im Kongo. Das Land verfügt schlicht und ergreifend nicht über die entsprechenden Kenntnisse, weil es im Gegensatz zu Ruanda keine Tradition einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung kennt. Ein Verwaltungsposten im Kongo, das war und ist eine Lizenz zum Plündern. Die ersten Signale der Übergangsregierung scheinen diese pessimistische Einschätzung leider zu bestätigen. **Bislang wurde noch kein einziger Dollar vom Osten nach Kinshasa transferiert.** Stattdessen horten die ehemaligen Rebellen, die der Regierung in Kinshasa eigentlich auskunfts- und abgabepflichtig sind, die Erlöse aus den Konzessionszuteilungen für sich. Das hat weitreichende Folgen. Die mit diesem Verhalten einhergehende, fortgesetzte Rechtsunsicherheit macht langfristige Investitionen unmöglich. **Statt dessen herrscht auch jetzt im Osten Kongos nach wie vor das Geschäftsprinzip des *hit and run*. Das Entstehen eines Mittelstandes aber und damit einer politischen Druckgruppe jenseits bewaffneter Banden, rückt damit in weite Ferne.**

Gewalt als „Legitimitätsschub“

Beredtes Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen in der nordostkongolesischen Region Ituri, die – verwaltungstechnisch betrachtet – immer schon ein Niemandsland war. In Ituri bedrohen sich diverse Milizen mit gegenseitiger Ausrottung, und alle Versuche, sie zur Raison zu bringen, scheiterten bislang. Die Blauhelmsoldaten versagten (wie immer in Afrika) kläglich,

eine europäische Eingreiftruppe unter französischer Führung (*Opération Artémis*) brachte eine vorübergehende Beruhigung, mehr auch nicht. Natürlich geht es bei den Auseinandersetzungen zwischen Hema und Lendu in Ituri um uralte Streitigkeiten um Weiderecht für Viehherden gegen die Interessen von Ackerbauern, es geht um neue Bodenschätze wie Öl und Gold und um den wirtschaftlichen Einfluss der Regionalmächte Uganda und Ruanda, die abwechselnd die eine oder andere Miliz unterstützten.

Abgesehen davon aber geht es auch um ein Verhaltensmuster, das leider *„monnaie courante“* in Kongo geworden ist: **Je mehr Gräueltaten eine „Rebellenbewegung“ verübt, je mehr Menschen sie umbringt, umso größer sind die Chancen, in Kinshasa ernstgenommen zu werden und damit einen Platz an den Tischen der Macht zu erhalten**, wo die vielen Millionen verteilt werden. Dieses Verhalten ist die logische Konsequenz der **Übergangsregierung, deren Zustandekommen sich nicht an politischen Programmen ihrer Protagonisten orientierte, sondern an der Zahl ihrer Kämpfer.** Der stellvertretende Präsident Jean-Pierre Bemba etwa konnte nur deshalb einer Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgehen, weil er für den Friedensvertrag „gebraucht“ wurde. Seine Rebellen hatten sich im Norden des Kongo Kannibalismus und willkürlicher Ermordungen schuldig gemacht, und Bemba schreckte in seinem schier unglaublich wirkenden Zynismus nicht davor zurück, einen der Täter aus den eigenen Reihen wegen „Verschwendung von Munition“ aburteilen zu lassen. Heute ist Bemba unter anderem für die Finanzen des Kongo zuständig. Vor einem Jahr noch hatte er massenhaft Falschgeld unter die Leute gebracht.

Straflosigkeit als das Maß der Dinge

Damit hat die Geißel, die diese Region seit ihrer Kolonisierung im 19. Jahrhundert im Griff hält, den Friedensschluss unbeschadet überdauert: die **Straflosigkeit für Verbrechen jedweder Art**. Weder wurde ein Jean-Pierre Bemba für seine Verbrechen verfolgt, noch ein Paul Kagame auch nur ansatzweise für die Verfolgung und Ermordung von wahrscheinlich 200.000 Hutu im Kongo belangt, dem angeblich harten Kern der extremistischen Hutu-Milizen. Dabei war der überwiegende Teil dieser Gruppe Frauen und Kinder – die Familienangehörigen der Milizionäre. Diese Militäraktion wird zusammen mit den Racheakten der RPF an Hutus unmittelbar nach dem Völkermord von den Kritikern Kagames als „zweiter Genozid“ bezeichnet. Die ruandische Führung weigert sich aber einer Diskussion darüber und spricht lieber von „Kriegsopfern“ im Sinne von Kombattanten.

Als die Plünderungen der kongolesischen Bodenschätze durch die verschiedenen Armeen und ihre Rebellenasallenen nicht mehr zu übersehen waren, ließen die Vereinten Nationen die Verwicklung westlicher Konzerne in diese Verbrechen untersuchen. Heraus kam eine Liste, die sich wie das „*Who is Who*“ der internationalen Erzähler und Finanzinstitute liest. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag kündigte im vergangenen

Jahr an, diese Unternehmen strafrechtlich belangt zu wollen. Doch die Vereinten Nationen beugten sich dem Druck der Amerikaner und der Belgier, die ebenjene Unternehmen, die für den Wiederaufbau Kongo infrage kommen, nicht mit Prozessen belästigen wollten. Der abschließende UN-Bericht zu den Plünderungen in Kongo blieb unter Verschluss.

Dann kündigte der Strafgerichtshof an, sich der völkermordartigen Zusammenstöße in Ituri annehmen zu wollen. Die Blauhelmtuppen in Bunia nahmen die wichtigsten Milizenführer fest in der Hoffnung, sie alsbald in die Niederlande abschieben zu können. Doch der Strafgerichtshof ließ mitteilen, er benötige noch zwei Jahre, bis er die ersten Prozesse führen könne. Dann beauftragte der ugandische Präsident Museveni den Gerichtshof damit, gegen die aus Sudan heraus operierende *Lord Resistance Army* im Norden Ugandas zu ermitteln, was den längst um Legitimation ringenden Ermittlern wie ein warmer Regen vorgekommen sein muss. Hätten sie in Sachen Ituri recherchiert, wäre das vermeintliche Opfer Museveni wohl ein Fall für den Richter geworden.

Die bittere Lektion daraus ist, dass man **im Kongo mit nahezu jedem Verbrechen davorkommen kann. Und dass jeder dies weiß und sich entsprechend verhält.**